Wortbeitrag zur 4. Fortschreibung des Haushaltsicherungsplanes am 26. November 2015 auf der Sitzung des Rates der Stadt Remscheid

Unkorrigiertes Redemanuskript es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Die 4te Fortschreibung des Haushaltsicherungsplans beinhaltet auf der einen Seite die Stärkung der Einnahmen unserer Stadt und zeigt auf der anderen Seite auf an welchen Stellen Einsparungen vorgenommen werden.

Zunächst möchte ich ein paar Worte zu den sogenannten Einsparungen sagen.

Ich habe mich gefreut dass in der Verwaltung sich die Einsicht durchgesetzt hat dass die Verbraucherzentrale unverzichtbar ist und eine Neuverhandlung des Vertrages mit der Verbraucherzentrale nicht weiter verfolgt wird, gut so.

Die Maßnahme 23 wird nicht weiter verfolgt. Prima dachte ich aber beim weiterlesen des HSP wurde dann sichtbar dass durch die Maßnahmen 56 neu, 57 neu und 60 neu durch Aufwandsreduzierungen in den Rechtsbereichen SGB II, SGB VIII und SGB XII die Maßnahme 23 in ihrem unsozialen Wesensgehalt weiter vorhanden ist.

Aufwandsreduzierungen welch schöner Euphemismus für Kürzungen. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, dass unser jetziger OB und damaliger Sozialdezernent das PKF Faselt Gutachten, die theoretische Grundlage der Maßnahme 23 bis ins letzte Detail auseinandergepflückt hatte und anhand verschiedenster Beispiele akribisch und glaubhaft den Nachweis geführt hatte, das in der Beschriebenen Form keine Kürzungen im Sozialbereich durchgeführt werden können.

Dass in den Bereichen SGB II, VIII und XII in naher Zukunft z. B. Durch die Zunahme von Bedarfsgemeinschaften eher höhere Ausgaben zu gewärtigen sind dürfte doch mittlerweile dem Blindesten klar sein.
Nun zur Stärkung der Einnahmeseite:
Es ist erfreulich dass es im Bereich des Cross Border Leasing Geschäftes der AWG Ertragssteigerungen geben soll, trotzdem habe ich immer wieder Ängste dass uns eines Tages dieses sogenannte Geschäft um die Ohren fliegt.

Dass wir laut Maßnahme 59 neu wirtschaftlich investieren wollen, dürfte sich doch eigentlich von selbst verstehen. Schreibt uns das doch der § 75 der Gemeindeordnung bindend vor.

Dass wir zu einem Zeitpunkt wo diese Maßnahme diskutiert wird, hier her gehen und dieses Gebot missachten, ich denke z.B. an den Verkauf Waldhof, verstehe wer will, ich verstehe se nicht.

Mit der Maßnahme 54 neu kommt endlich eine Anregung der LINKEN zum Tragen, darüber freue ich mich, auf der anderen Seite ärgere ich mich darüber dass wir das schon länger gehabt haben können und uns sehr viel Geld durch die Lappen gegangen ist.

Rasen und Blitzen für den Haushaltsausgleich, dazu sage ich hier weiter nichts sondern sage nur dass was der Bürger auf der Straße sagt: Abzocke!

Die unsozialsten Maßnahmen des Haushaltsausgleichs sind allerdings die Erhöhung der Kindergartenbeiträge und die Erhöhung der Gebühren für den offenen Ganztag.

Auch die jetzt vorgelegte modifizierte Fassung der Gebührenerhöhungen sagt ja nichts anderes als das, dass die Eltern
zum Haushaltsausgleich herangezogen werden.

Die gleichen Eltern, die schon im vergangenen Jahr durch die Erhöhung der Grundsteuer B zu Kasse gebeten

worden sind.

Ich glaube, dass ich zu Recht von einem sozial unausgewogenen HSP spreche.

Herr OB Mast- Weisz sagte zum Thema Haushaltskonsolidierung auf dem IHK Empfang: Es sei ein **harter Weg**, den man gemeinsam gehen müsse. Ein **Drehen an der Gewerbesteuerschraube** sei ein falsches Signal. Vielmehr gehe es darum, den Wirtschaftsstandort weiter zu entwickeln.

DIE LINKE sieht das anders: Eine angemessene Erhöhung der Gewerbesteuer wäre schon im Sinne eines sozial ausgeglichenen Haushaltssanierungsplans vorstellbar.

Es ist doch so, dass die Reform der Gewerbesteuer in 2007/2008 den Unternehmern ein Steuergeschenk in Milliardenhöhe gebracht hat. Da sollten sie jetzt etwas von zurück an die Gemeinden geben.

Zum Schluss noch einmal, dieser HSP ist sozial unausgewogen, DIE LINKE wird ihm nicht zustimmen.